ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Sparpaket - D-Mark - Globalisierung - EU - Bananenmarktordnung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: (1999) : Kurz kommentiert: Sparpaket - D-Mark - Globalisierung - EU - Bananenmarktordnung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 79, Iss. 9, pp. 517-518

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/44378

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Sparpaket
Keine Alternative

Am 25. August hat die Bundesregierung mehrere Gesetzentwürfe beschlossen, mit denen das Zukunftsprogramm zur Sicherung von Arbeit, Wachstum und sozialer Stabilität umgesetzt werden soll. Im Mittelpunkt standen dabei neben der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs, der Fortführung der ökologischen Steuerreform und dem Steuerbereinigungsgesetz 1999 das Haushaltssanierungsgesetz. Mit diesem Sparpaket soll die Grundlage zu einer nachhaltigen Entlastung der öffentlichen Haushalte gelegt werden. Das Entlastungsvolumen beläuft sich für den Bund im Jahre 2000 auf 30 Mrd. DM und steigt bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums 2003 auf knapp 50 Mrd. DM an. Damit soll die Neuverschuldung des Bundes von derzeit rund 50 auf 30 Mrd. DM im Jahre 2003 zurückgeführt werden.

Mit dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt von Dublin hat sich Deutschland zusammen mit den anderen Mitgliedsländern in der EU verpflichtet, die hohe Staatsverschuldung zu verringern und mittelfristig einen ausgeglichenen Staatshaushalt herbeizuführen. Den dazu notwendigen finanzpolitischen Konsolidierungskurs will die neue rot-grüne Bundesregierung nach anfänglicher Unsicherheit und personellen Umbesetzungen nunmehr offensichtlich konsequent fortsetzen. Das vorliegende Sparpaket ist – bei durchaus berechtigter Kritik im einzelnen – ein Schritt in die richtige Richtung; damit wird die Bundesregierung dem angestrebten Ziel ein beachtliches Stück näher kommen. Voraussetzung ist allerdings, daß die politischen Widerstände gegen einzelne Maßnahmen nicht dazu führen, daß das Sparvolumen im Zuge der parlamentarischen Beratungen nicht noch spürbar verringert wird. Finanzminister Eichel ist gut beraten, nur Änderungen zuzulassen, die aufkommensneutral sind. Angesichts der hohen Abgabenbelastung kann die Haushaltskonsolidierung nur über die Kürzung von Ausgaben und eine deutliche Verringerung der Staatsquote erreicht werden. Hierüber muß es im Bundesrat zu einer parteiübergreifenden Koalition der finanzpolitischen Vernunft kommen. ws

D-Mark
Die letzte Ehre?

Die Entscheidung der UN-Administration im Kosovo, die D-Mark zum primären gesetzlichen Zahlungsmittel zu erklären und den Gebrauch des Dinars zu erschweren, hat in Teilen der deutschen Öffentlichkeit nostalgische Gefühle ausgelöst. Der altbekannte Stolz auf die D-Mark wurde wieder spürbar. Tatsächlich jedoch hat die UNO sich der Macht des Faktischen gebeugt und die Verwendung der ohnehin im gesamten Restjugoslawien dominierenden D-Mark legalisiert. Für Deutschland und die EWU bleibt diese Entscheidung ohne nennenswerte Konsequenzen. Die D-Mark und ab 2002 der Euro werden ohnehin auch in den östlichen Entwicklungsgebieten, in denen dies nicht bereits der Fall ist, als Ankerwährung fungieren.

Für den Kosovo der Gegenwart bleibt aber zu fragen, ob die Entscheidung der UNO klug war. Es ist schon ein wenig eigentümlich, einen Krieg zu führen mit dem Ziel, die Abtrennung des Kosovo von Restjugoslawien zu verhindern, und dann diesem Gebiet eine „eigene" Währung zu geben. Dies muß Belgrad provozieren. Zudem macht die währungspolitische Zersplitterung Jugoslawiens ökonomisch keinen Sinn. Allein die Notwendigkeit, den Handel zwischen den Teilrepubliken so schnell wie möglich auf seine natürliche Basis zu stellen, ruft nach einer integrierten Geldpolitik.

Belgrad sollte daher von der EU und der UNO ermutigt und unterstützt werden, Maßnahmen zu ergreifen, den Dinar zu einer stabilen Regionalwährung zu machen. Dazu wäre die Bindung an den Euro eine denkbare Lösung. Die D-Mark spielt hierbei keine Rolle, da sie bereits heute faktisch durch den Euro abgelöst ist: Die Bundesbank hat keine isolierten geldpolitischen Befugnisse mehr. Somit bleibt die UN-Entscheidung eine währungspolitisch Petitesse für D-Mark-Nostalgiker. Vielleicht die letzte Ehre für eine Währung, die 50 Jahre in ihrem Heimatland erfolgreich war und europäische Währungsgeschichte geschrieben hat. ww

Globalisierung
Handelsriesen formen sich

Das Fusionsfieber packt jetzt auch den Lebensmitteleinzelhandel. Mit dem Zusammenschluß der französischen Handelsketten Carrefour und Promodès gewinnt das Übernahmekarussell im Einzelhandel an Fahrt. Der neue französische Champion, der den Namen Carrefour tragen soll, wird die deutsche Metro-Gruppe in Europa von ihrer Spitzenposition verdrängen und weltweit im Umsatz nur von dem amerikanischen Handelsgiganten Wal-Mart übertroffen. Der Zusammenschluß soll im Jahr 2002 zu Kosteneinsparungen von 1,2 Mrd. DM durch Ausschöpfung von Größenvorteilen im Beschaffungs- und Logistikbereich führen. Beide Handelskonzerne ergänzen sich in sachlicher und räumlicher Hinsicht hervorragend. Während Carrefour auf Großmärkte und

großflächige Supermärkte spezialisiert ist, verfügt Promodès über eine starke Marktstellung bei den Discountmärkten. Gleiches gilt für das ausländische Engagement, wobei die Konzentration auf den spanischen Märkten als kritisch eingestuft wird.

Der Zusammenschluß stellt eine Antwort auf den tiefgreifenden Strukturwandel der Branche dar. Der Kostendruck der internationalen Lieferanten sowie die Intensivierung des Wettbewerbs durch die Integration der Märkte haben die Handelsketten zu Anpassungsreaktionen gezwungen. Da die Möglichkeiten zum internen Wachstum in Frankreich aufgrund gesetzlicher Schutzklauseln zugunsten des Mittelstandes beschränkt sind, blieb den Handelskonzernen als Ausweg nur die Strategie des gemeinsamen Wachsens. Mit dem Übernahmecoup stärken die beiden Unternehmen zugleich ihre Wettbewerbsposition auf den wichtigen Wachstumsmärkten in Mittel- und Südamerika sowie in Osteuropa. Der Zusammenschluß dürfte weitere Konzentrationsvorgänge im Lebensmitteleinzelhandel auslösen. Inwieweit die Firmenhochzeit ökonomisch sinnvoll ist oder ob die Flitterwochen nur von kurzer Dauer sein werden, wie bei der französischen Dreierfusion der Großbanken, wird sich in naher Zukunft zeigen. ki

EU
Eine eigene Steuerhoheit?

Die künftige EU-Kommissarin Michaele Schreyer hat bei ihrer Anhörung vor dem Europäischen Parlament vorgeschlagen, der Europäischen Union eine eigene Steuerhoheit zu geben. Dieser Vorschlag traf auf großes Wohlwollen des Parlamentes, das ein starker Befürworter einer eigenen EU-Steuerhoheit ist – würde diese doch seinen Einfluß und seine Macht erhöhen.

Ohne jeden Zweifel ist das gegenwärtige Finanzsystem der EU reformbedürftig. Es ist sehr kompliziert, wegen der verschiedenen Rabatte schwer durchschaubar und belastet gleich wohlhabende Mitgliedstaaten in einem sehr unterschiedlichen Maße. Eine Reform des europäischen Finanzierungssystems mit einer Neuordnung der Nettobeitragslasten ist nicht zuletzt auch wegen der bevorstehenden Osterweiterung der EU dringend geboten. Doch die von Frau Schreyer vorgesehene EU-Steuerhoheit wäre ein Schritt in die falsche Richtung.

Zum einen steht zu befürchten, daß von einer Steuerhoheit ausgiebig Gebrauch gemacht werden würde, weil eine eigene Einnahmequelle nach jeder Erfahrung die Begehrlichkeit weckt. Erschwerend kommt hierbei hinzu, daß die Bürger der Gemeinschaft in den Gremien der EU nicht mit dem gleichen Stimmengewicht vertreten sind, wodurch der Einfluß der kleinen Empfängerländer überproportional groß ist. Schon im gegenwärtigen System der Abgaben und Beiträge ist hierin eine Hauptursache für die Expansionstendenz des EU-Haushalts zu sehen. Bei einer eigenen Steuerhoheit der EU wäre der Weg in die ungebremste Transferunion vorgezeichnet. Überlegenswert wäre als Finanzierungsquelle der EU ein fester Anteil an den Steuereinnahmen der Mitgliedstaaten. Dieser hätte den Vorteil eines disziplinierenden Effektes auf die Fiskalpolitik der einzelnen Mitgliedsländer. kw

Bananenmarktordnung
Zölle statt Quoten

Derzeit bemüht sich die EU-Kommission darum, die 1993 erlassene Bananenmarktordnung wieder einmal neu zu gestalten. DieWTO hatte die Verordnung als Verstoß gegen den freien Welthandel verurteilt. Die daraufhin erfolgten Korrekturen fanden allerdings vor dem WTO-Schiedsgericht keine Gnade. Die Abschaffung der Bananenmarktordnung wird vor allem von den USA gefordert, die in diesem Frühjahr ihrer Forderung durch Strafzölle auf EU-Waren Nachdruck verliehen.

Die Befürworter des bestehenden Zollkontingentsystems befürchten, daß die für die Wirtschaft in den begünstigten AKP-Ländern und den französischen überseeischen Territorien wichtige Bananenproduktion zusammenbricht, wenn die Marktordnung beseitigt wird. Tatsächlich sind sich die Experten darüber einig, daß die Produktionskosten in diesen Ländern deutlich höher sind als bei ihren Konkurrenten. Andererseits haben Weltbank-Berechnungen ergeben, daß nur ein Bruchteil der Gewinne aus der Marktordnung – die sich im übrigen vor allem durch höhere Preise auf dem größten Verbrauchermarkt Deutschland ergeben – bei den bevorzugten Produzenten ankommt. Der größte Teil der Gewinne geht als Quotenrenten an die begünstigten Handelsunternehmen.

Die Umwandlung der Zollkontingente in ein reines Zollsystem, eine Option, die bei den EU-Beratungen diskutiert wird, wäre in jeder Hinsicht ein Fortschritt: Zum einen würde der komplizierte Handel mit Lizenzen abgeschafft und damit die Markttransparenz erhöht. Zum anderen wäre es möglich, die Begünstigung der AKP- und EU-Produzenten aufrechtzuerhalten, da diese Staaten auch WTO-konform von Zöllen befreit werden können. Überdies könnten die Zolleinnahmen als Direkthilfe für die betroffenen Länder verwendet werden. Da aber ein Zollregime die Begünstigungen weitaus leichter berechenbar macht als Quotenregelungen, steht jetzt ein hitziger Streit um die Höhe der Zollbelastung ins Haus. er